



Grundsatzpapier EVP Basel-Stadt



EVP

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Unsere Werte | 1 |
| 1. Arbeit und soziale Sicherheit..... | 2 |
| 2. Bildung und Schulen | 4 |
| 3. Familien..... | 6 |
| 4. Gesundheit, Prävention, Alter..... | 8 |
| 5. Integration | 10 |
| 6. Kultur | 12 |
| 7. Landgemeinden..... | 14 |
| 8. Regionale Zusammenarbeit | 16 |
| 9. Sicherheit | 18 |
| 10. Staatsfinanzen | 20 |
| 11. Stadtentwicklung, Wohnumfeld, Raumplanung..... | 22 |
| 12. Verkehr und Umwelt | 24 |

Unsere Werte – Basis unserer politischen Arbeit

Die Vertreterinnen und Vertreter der EVP können sich dank ideologischer und wirtschaftlicher Ungebundenheit an übergeordneten Werten – den christlichen Werten – orientieren.

Die Förderung des Gemeinwohls, die Stärkung der Hilfsbereitschaft und die Bewahrung der Schöpfung sind unsere zentralen Anliegen.

Politische Anliegen überprüfen wir deshalb bezüglich ihrer Nachhaltigkeit,

ihrer Umweltverträglichkeit, ihrer sozialen Gerechtigkeit und ihrem Nutzen für die Allgemeinheit.

Dadurch verstehen wir uns auch als Partei der Mitte.

Unsere Politiker und Politikerinnen wollen mit beiden Ohren hören, sind offen für linke und rechte Anliegen und sind bereit, Diskussionen wertschätzend und konstruktiv zu führen, bis tragfähige und vernünftige politische Entscheide gefällt werden können.



1. Arbeit und soziale Sicherheit

Einkommen, Eigentum und ein Arbeitsplatz sind Grundvoraussetzungen für die persönliche Entfaltung in Familie, Beruf und Freizeit. Erwerbslosigkeit bedeutet nicht nur materielle Einbusse, sondern oft auch einen Verlust des Selbstwertgefühls für die Betroffenen. Der Einstieg in die Arbeitswelt ist für viele Jugendliche sehr schwierig geworden. Auch der Wiedereinstieg nach einer längeren Arbeitslosigkeit stellt eine grosse Herausforderung dar.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Zumutbare Unternehmenssteuer.
- » Intakte und moderne Infrastruktur.
- » Kompetente, speditive und gut koordinierte kantonale Ansprechpartner beim Kanton.
- » Gutes Umfeld auch für die KMU.
- » Arbeitsplätze für alle arbeitswilligen Jugendlichen.
- » Wiedereinstiegshilfen und Reintegrationsprogramme in den Arbeitsmarkt.
- » Aktive Armutsbekämpfung.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Der Kanton bietet gute Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung. Diese gilt es zu erhalten und fortlaufend zu erneuern. Dazu gehören als Erstes die Bereitstellung und die kontinuierliche Weiterentwicklung einer intakten und modernen Infrastruktur. Darüber hinaus sind aber auch andere Bereiche wie Kultur, Wohnumfeld, Schul- und Bildungssystem, Kinderbetreuung oder Stadtbild entscheidende Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft. Überdies müssen die verschiedenen involvierten kantonalen Behörden verlässliche, speditive und gut koordinierte Ansprechpartner für die Unternehmen sein.

KMU fördern

Basel ist geprägt durch die Pharmariesen. Diese fordern gute Standortbedingungen, tragen aber auch Verantwortung für die Region. Daneben brauchen wir aber auch ein breites Angebot von kleineren und mittleren Betrieben. Diese sind durch einen guten Service Public zu unterstützen.

Sozialhilfe - Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Sozialhilfe ist das niederschwelligste Netz für Menschen in Not. In der

Sozialhilfe sollen nicht nur Gelder auf unbestimmte Zeit vergeben werden, sondern es soll eine aktive Wiedereingliederung in die Arbeitswelt angestrebt werden. Dieses Ziel kann nur mit genügend Personal erreicht werden. Dies zahlt sich langfristig aus, denn jeder Sozialhilfebezüger, der selbständig wird, entlastet die Staatskasse. Durch ein gutes Case-Management werden Missbräuche vermieden.

Arbeitsplätze für Jugendliche sichern

Viele Jugendliche - insbesondere solche, die einen WBS-Abschluss aufweisen - bekunden grosse Mühe, eine Lehrstelle oder einen anderen Arbeitsplatz zu erhalten. Die schulischen und manchmal auch die sozialen Defizite sind zu gross. Hier besteht ein gut ausgebautes Angebot zur beruflichen Eingliederung, wie Brückenangebote, Angebote der Job Factory u.a.m., das unterstützt werden soll. Das Ziel muss lauten, dass kein Jugendlicher, der arbeitswillig ist, ohne Arbeits- oder Lehrstelle ist.

Es ist zu prüfen, ob die Unternehmen nicht verpflichtet werden sollten, Jugendlichen eine Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, wobei anfallende Kosten z.B. begrenzt auf zwei Jahre direkt von der Steuer abgezogen werden



könnten. Die Wirtschaft als Teil unserer Gesellschaft muss mithelfen, diese sozialen Probleme zu lösen. Allerdings müssen auch Jugendliche ihren Beitrag leisten, indem sie Arbeitsmöglichkeiten, etwa im Rahmen der «Passage» in der Sozialhilfe, annehmen.

Wiedereinstiegshilfen in den Arbeitsmarkt

Für Langzeitarbeitslose oder für Menschen, die wegen eines Unfalls oder einer Krankheit lange keine Arbeitsstelle hatten, aber auch für Mütter und Väter, die wegen der Kinderbetreuung dem Erwerbsleben einige Jahre ferngeblieben sind, ist der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt ohne gezielte Hilfe von Dritten oft nicht möglich. Auch hier müssen vermehrt angepasste Arbeitsstellen angeboten und Reintegrationsprogramme gefördert und neu geschaffen werden.

2. Bildung und Schulen

Bildung und Schule gehören zu den Grundaufgaben des Staates. Gute öffentliche Schulen und ein weiterführendes, allgemein zugängliches Bildungssystem sind deshalb unabdingbar. Regionale Zusammenarbeit und Harmonisierung der Ausbildungsgänge sind dabei unerlässlich. Investition in die Bildung ist Investition in die Zukunft des Standortes Basel und der ganzen Region.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Fachlich, sachlich und kindergerechte Schulen im Volksschulbereich
- » Wertevermittlung auf der Grundlage des christlichen Glaubens
- » Harmonisierung und regionale Zusammenarbeit auf allen Stufen
- » Weiter- und Fortbildung im Sinne der lebenslangen Bildung
- » Erhaltung des dualen Bildungssystems mit einem Schwerpunkt für die Berufslehren

Volksschulen legen die Basis der Bildung

Die Volksschulen sind Grundlage jeder weiteren Bildung. Sie sind im Sinne der eingeleiteten Reform inhaltlich und strukturell so zu gestalten, dass sie für die Kinder und Jugendlichen eine optimale Ausgangsbasis für ihre weitere Ausbildung ermöglichen. Eine regionale Harmonisierung, insbesondere mit dem Kanton Basel-Landschaft und den anderen Kantonen der Nordwestschweiz, ist unabdingbar..

Frühförderung: Frühförderung, insbesondere bei der Standardsprache, ist für die weitere Bildungslaufbahn entscheidend.

Kindergarten und Primarstufe: Der Kindergarten soll nach wie vor den spielerischen Charakter behalten, während die Primarschule die Grundlagen für alle Fächer bietet.

Sekundarstufe 1: Die Sekundarstufe 1 soll mit verschiedenen Ausbildungszügen, die an allen Standorten angeboten werden, den Übergang in eine Berufslehre, eine weiterführende Schule, z. B. ein Gymnasium, ermöglichen.

Standardisierungen: Überkantonale vergleichbare Tests („Checks“) sind sinnvoll zur Qualitätssicherung. Sie müssen im Verantwortungsbereich der Volksschulen bleiben, damit übergeord-

nete Bildungsziele berücksichtigt werden können.

Tagesstrukturen sind an allen Schulsstandorten anzubieten.

Wertevermittlung / Religionsunterricht auf christlicher Basis

Die Volksschule hat auch die Aufgabe, Werte für unsere gesellschaftliche Realität zu vermitteln. Wegleitend sind für uns christliche Werte, welche die Würde des Menschen begründen und sich auf das Evangelium abstützen. Die christliche Tradition Basels soll erhalten bleiben. Von kirchlicher Seite verantworteter Religionsunterricht an den Schulen kann diese Kultur, in aller Offenheit zu anderen Religionen, immer noch am besten vermitteln. Die gemeinnützigen Aufgaben der Kirchen im allgemein religionskundlichen und sozialen Bereich sind finanziell abzugelten.

Berufslehre / weiterführende Schulen: gleichwertig anbieten

Die verschiedenen weiterführenden Schultypen sind gleichwertig nebeneinander anzubieten, ohne dass eine Diskriminierung erfolgt. Insbesondere soll der Tendenz zur Akademisierung der Berufe Gegensteuer gegeben werden zu Gunsten einer Gleichwertigkeit praktischer Berufsausbildung.



Fachhochschulen / Universität: überregional koordinieren

Die Anforderungen an die höhere Bildung übersteigen die Möglichkeiten eines einzelnen Kantons und sind deshalb mit gemeinsamen Trägerschaften in der Nordwestschweiz auszugestalten. Das Angebot von Spezialfächern ist mit den anderen Schweizer Universitäten abzustimmen. Lokal ist es wichtig, dass Spezialitäten der ansässigen Wirtschaft, aber auch der geschichtlichen Tradition berücksichtigt werden.

Bildung hört nicht auf

Da in einem Lebensalter die Entwicklungen auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene und auf der Ebene des Wissens immer schneller vonstattengehen, ist besondere Aufmerksamkeit auch der Weiter- und Fortbildung zu widmen. Von staatlicher Seite sind Anstösse und Koordination gefragt.

3. Familien

Die Familie ist das wichtigste soziale Netz in unserer Gesellschaft. Sie vermittelt die Werte von einer Generation an die nächste. Die Leistungen der Familie für die Gesellschaft sind immens. Eine gute Familienpolitik soll das Ziel verfolgen, den umfassenden Beitrag der Familien für unsere Gesellschaft anzuerkennen und sie zu unterstützen und zu fördern.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Wertschätzung und Schutz der Familie als gesellschaftlich prägende Lebensform.
- » Anerkennung der Familienarbeit als Arbeit.
- » Vorbildfunktion des Staates punkto flexible familienfreundliche Arbeitsformen.
- » Beratung und Unterstützung der Familien in Erziehungsfragen.
- » Beibehaltung des Sonntags als gemeinsame Ruhezeit.
- » Schaffung von familienergänzenden Tagesstrukturen in allen Quartieren.

Alle Familien sollen die Chance haben, ihr Leben so zu gestalten, dass die Entwicklung der Persönlichkeit und die Möglichkeit zum Teilhaben am gesellschaftlichen Leben optimal vorhanden sind.

Wandel der Lebensbedingungen

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das städtische Leben in verschiedenen Bereichen zum Nachteil der Familien entwickelt: Der Verkehr hat zugenommen und die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg dementsprechend abgenommen. Wohnungen sind teurer geworden und die Umweltbedingungen wie z.B. die Luftqualität haben sich verschlechtert. In vielen Familien müssen beide Eltern aus finanziellen Gründen arbeiten und / oder wollen beide berufstätig sein.

Aktuell verunsichert die erneute Schulreform mit den veränderten Schulstandorten. Die städtischen Schulen tragen die Herausforderung der vielen ausländischen Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen. Die Familien wünschen sich jedoch auch eine vermehrte Förderung Begabter in der staatlichen Schule. Freizeit- und Betreuungsangebote werden oftmals von Vereinen durchgeführt, die wenig bis keine

staatliche Hilfe erhalten, und belasten das Familienportmonee.

Auch im Hinblick auf Teilzeitstellen und flexiblere Arbeitszeitmodelle gibt es Nachholbedarf. Eine finanzielle Besserstellung der Familien durch höhere Kinderzulagen steht noch aus.

Stärkung der Familie

Die EVP steht auf allen Ebenen für die Unterstützung der Familien ein. Konkret heisst das: Die Familie muss privilegiert und geschützt werden. Eine qualitativ hochstehende Tagesbetreuung für Schulkinder ist jenen Eltern zu ermöglichen, die das wünschen. Aber auch der Wert unbezahlter Erziehungsarbeit ist stärker anzuerkennen und der berufliche Wiedereinstieg von Müttern zu unterstützen. Für Familien, vor allem auch für Einelternfamilien, sind strukturelle und materielle Hilfen und bezahlbare Fremdbetreuungsmöglichkeiten anzubieten.

Viele Eltern sind unsicher im Umgang mit ihren Kindern. Sie wünschen das Beste für ihre Kinder, aber fühlen sich gleichzeitig überfordert. Ein gutes Netz von Beratung und Schulung in Erziehungsfragen soll angeboten werden. Gerade bei Kindern lässt sich präventiv viel erreichen, wenn man frühzeitig unterstützend eingreift.



Familienfreundliche Arbeitsbedingungen

Flexible Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit, Job-Sharing oder Heimarbeit sind zu fördern. Der Kanton muss eine Vorbildrolle wahrnehmen. Familienergänzende Strukturen sind zu schaffen: Z.B. sollen Familien in allen Quartieren die Möglichkeit erhalten ihre Kinder in eine Schule mit Tagesstruktur zu schicken. Gemeinsame Ruhezeiten sind für Familien und Gesellschaft wichtig, deshalb muss der Sonntag als Ruhe- und Feiertag erhalten bleiben.

4. Gesundheit, Prävention, Alter

Unser Gesundheitswesen weist im internationalen Vergleich einen hohen Qualitätsstandard auf. Alle Bevölkerungskreise finden einfachen Zugang zu den medizinischen Leistungen. Diese sehr gute Versorgung ist aber teuer und stösst an Finanzierungsgrenzen. Prävention ist günstiger als heilen. Betagte brauchen unsere besondere Fürsorge.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Managed Care Modelle, welche die Kranken und Betagten ansprechen.
- » Spitexangebote mit gut ausgebildetem Personal für die Grundversorgung.
- » Gemeinsames Geriatriezentrum beider Basel und Geriatriespital in Riehen.
- » Räumliche Integration des Augenspitals in das Universitätsspital Basel.
- » Verbot von Verkauf von Tabakwaren und Alkohol an Jugendliche und rauchfreie Restaurants endlich durchsetzen.
- » Programme gegen die Bewegungsarmut und für gesunde Ernährung.

Managed Care – für Kranke und Betagte

Die Absicht ist gut: Der Zusammenschluss von Leistungserbringern in Netzwerken oder HMOs. Die Leistungen für die einzelnen Patienten werden besser koordiniert und können damit effektiver und effizienter erbracht werden. Das eidgenössische Parlament legiferierte leider in die falsche Richtung, was zur Jagd nach möglichst risikofreien Versicherten und zu verstärkter Bürokratisierung führte. Es braucht dringend Managed Care Modelle, welche die Kranken und die Personen ab 60 Jahren ansprechen.

Optimierung durch interkantonale Zusammenarbeit

Die Einführung von Fallkostenpauschalen (DRG) wird zur Folge haben, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer insbesondere in den Akut-Spitälern noch weiter abnehmen wird. Gut ausgebaute Angebote der Spitex müssen dies auffangen. Zu Kosteneinsparungen wird es aber nur kommen, wenn die überflüssigen Kapazitäten auch abgebaut werden. Insbesondere sollen die frei werdenden Kapazitäten im Universitätsspital Basel für die räumliche Integration des Augenspitals genutzt werden.

Im stationären Bereich können

Kosten vor allem dann wirklich eingespart werden, wenn Spitäler zusammengeführt werden. Hierzu braucht es die enge Zusammenarbeit mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft. Das UKBB ist ein erstes gutes Beispiel. Das geplante gemeinsame Geriatriezentrum muss das nächste sein. Die Zusammenarbeit mit der medizinischen Fakultät Bern muss weiter ausgebaut werden. Trotzdem sollen kleine Einheiten, wie ein Geriatriespital in Riehen, das Angebot abrunden. Neue Wohnformen, etwa Wohngemeinschaften für Betagte, sollen gefördert werden.

Das Gesunde stärken

Gesundheitspolitik muss sich nicht nur um das Heilen kümmern, sondern soll auch das Gesunde fördern und stärken. Die Gesundheitskompetenzförderung ist auszubauen und die Eigenverantwortung zu stärken. Dafür befürworten wir auch die Unterstützung aller Sportvereine im Bereich des Breitensportes, die nicht nur präventiv, sondern auch integrativ wirken. Gegen die Bewegungsarmut und die einseitige Ernährung sind entsprechende Programme zu entwickeln und durchzuführen. Eine Aktion „Ein Vegitag pro Woche“ soll einerseits auf gesunde Nahrung hinweisen und andererseits aufzeigen, dass die Produktion von Fleisch ein Mehrfa-



ches an Energie verbraucht als pflanzliche Nahrung.

Jugendschutz und neue Süchte

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak und die neuen Designerdrogen ist notfalls auch mit repressiven Massnahmen sicherzustellen. Testkäufe kombiniert mit strafrechtlichen Massnahmen sollen endlich als Mittel zur Bekämpfung des Jugendalkoholismus erlaubt werden. Neue nicht substanzgebundene Süchte wie Internet- oder Spielsucht sollen aktiv bekämpft werden. Das klare baselstädtische Gesetz für den Nichtraucherchutz in Restaurants soll endlich umgesetzt werden.

5. Integration

Die Förderung der Integration unserer ausländischen Mitbevölkerung ist nach wie vor ein wichtiges Anliegen. Eine Begegnung der Kulturen ist anzustreben, wie auch die Stärkung der einheimischen Wertekultur. Von den Migrantinnen und Migranten fordern wir die Bemühung um Integration, in erster Linie in sprachlicher Hinsicht. Basel-Stadt profitiert sehr von der Zuwanderung, ja ist sogar darauf angewiesen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Unterstützung beim Spracherwerb.
- » Hilfestellung für verbleibende Schweizer in von Ausländern geprägten Quartieren.
- » Günstige und gehobene Wohnangebote in der ganzen Stadt.
- » Stärkung der einheimischen Wertekultur.
- » Erleichterte Einbürgerung von Secondas und Secondos.
- » Beibehalten der Personenfreizügigkeit.
- » Bekämpfung von Lohndumping.
- » Sicherstellen, dass sich Angehörige anderer Religionen an die Regeln unserer Verfassung und Gesellschaftsordnung halten.

Information contra Vorurteile und Ängste

Das Wort «Integration» ist oft mit Vorurteilen und unterschwelligem Ängsten belastet. Für ein einvernehmliches Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern müssen sich beide Seiten informieren. So lernen wir verstehen, weshalb und mit welchen Erwartungen die Migranten in die Schweiz gekommen sind. Information ermöglicht den Abbau von Abwehrmechanismen und Ängsten.

Begegnung der Kulturen durch eine gemeinsame Sprache

Die EVP bringt allen Menschen unabhängig von Herkunft, Kultur und Religion Respekt entgegen. Das Zusammentreffen verschiedener Kulturen und Religionen kann auch eine Bereicherung für uns sein. In den Quartieren ist eine Durchmischung der Bevölkerung wünschenswert. Deshalb wollen wir Orte der Begegnung schaffen. Die Quartiertreffpunkte sollen stärker unterstützt werden.

Wichtig für eine Begegnung der Kulturen ist eine gemeinsame Sprache. Alle fremdsprachigen Erwachsenen müssen möglichst bald Deutsch lernen und zwar analog zur Schule die Standardsprache. Speziell den Familienfrauen

soll der Sprachkursbesuch erleichtert werden.

Einheimische in Quartieren mit hohem Migrantenanteil

Durchmischung fördert die Integration. Deshalb sollen nicht nur Ausländerinnen und Ausländer Förderung und Hilfestellung erfahren, sondern auch die Schweizerinnen und Schweizer in den von Ausländern geprägten Quartieren. Für deutschsprachige Schülerinnen und Schüler sollen spezielle Angebote bereitgestellt werden.

Stärkung der einheimischen Wertekultur

Neben der Begegnung der Kulturen ist die Stärkung der einheimischen Wertekultur wichtig. Unser Rechtssystem basiert auf der jüdisch-christlichen Tradition. Wir fordern von Migrantinnen und Migranten, dass sie die Grundsätze unseres Zusammenlebens akzeptieren. Auch befürworten wir die Erhaltung von christlich geprägtem Religionsunterricht an den Volksschulen.

Erleichterte Einbürgerung für Secondos und Secondos

Secondas und Secondos haben oft jahrzehntelang in der Schweiz gelebt. Für sie fordern wir ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren. Das Ausländerstimmrecht lehnen wir jedoch ab. Für Ausländerinnen und Ausländer gibt es verschiedene Möglichkeiten zur „Mitsprache“, z.B. in Schulinspektionen oder in der Quartierarbeit.



Regeln für Angehörige anderer Religionen

Die Glaubensfreiheit aller Menschen ist zu gewährleisten. Allerdings ist sicherzustellen, dass sich Vertreterinnen und Vertreter anderer Religionen an die Regeln unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung halten.

Zuwanderung ohne Lohndumping

Gerade in Basel profitieren wir sehr von qualifizierten ausländischen Arbeitskräften – sie sind für unsere Life Science-Firmen von unabdingbarer Bedeutung. Aber auch in anderen Bereichen wie z.B. der Pflege geht es nicht ohne Migrantinnen und Migranten. Deshalb ist die Personenfreizügigkeit gerade für unseren Kanton äusserst wichtig. Diese darf jedoch nicht zu unfairer Konkurrenz der einheimischen Arbeitskräfte führen: Lohndumping muss energisch bekämpft werden.

6. Kultur

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Attraktivität unseres Stadtkantons. Sie aktiviert unsere Sinne und unser Denken und vermittelt Anstösse zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Kultur umfasst das ganze Spektrum der künstlerischen und gestalterischen Aktivitäten wie Theater, Musik,

Tanz, Literatur, Film sowie die Erhaltung und Vermittlung des kulturellen, auch des christlichen Kulturerbes.

Kulturförderung ist Staatsaufgabe

Es gehört zu den Aufgaben des Service public, dass in einigen wenigen Bereichen eine substanzielle und längerfristige Unterstützung von kulturellen Aufgaben geschieht. Theater, Orchester, Museen und der Stadtbibliotheken, die Erhaltung der Stadt durch Denkmalpflege und archäologische Bodenforschung sind die Hauptbereiche finanzieller Kulturunterstützung. Basel ist aber auch geprägt von einer christlichen Kultur. Diese gilt es zu erhalten.

Kultur ist auch Stadtmarketing

Stadt und Region Basel bergen grosse kulturelle Schätze aus der Geschichte und der heutigen Kulturszene. Sie sind Aktiven für unser Stadtmarketing. Es muss darauf geachtet werden, dass neben «Leuchttürmen» auch das gesamte kulturelle Spektrum bekannt gemacht wird, wie Jugendkultur und Volksmusik, Film und aktuelle darstellende Kunst, Angebote für alle Altersstufen. Basel gibt im kantonalen Vergleich sehr viel aus für ein attraktives kulturelles Leben. Dieses beeinflusst aber die Standortqualität positiv..

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Erhalten des qualitativ hochstehenden Angebots in den Bereichen Theater, Orchester, Kaserne, Museen, Bibliotheken, Musikschule.
- » Auch kleinere Anbieter aus allen Sparten und Stilen und vor allem die Jugendkultur sollen unterstützt werden.
- » Bei der Vergabe von Geldern soll das Interesse des Publikums am Angebot mit einbezogen werden.
- » Die finanzielle Kooperation in der Region und die Zusammenarbeit mit Privaten soll weiter gepflegt und ausgebaut werden.
- » Die Bevölkerung von Basel-Stadt soll für den Einsatz ihrer Steuergelder belohnt werden, etwa mit Gratisentritten für das Theater Basel.

Private Initiativen als wichtige Ergänzung

Auch staatlich finanzierte Betriebe müssen vermehrt Sonderprojekte durch Sponsoren finanzieren. Ohne das stark verankerte Mäzenatentum wäre die Kulturstadt Basel nicht denkbar. Bei privaten Anschubfinanzierungen soll von Anfang an definiert werden, wie lange ein Finanzbeitrag gewährt wird, damit später nicht der Staatshaushalt hohe Strukturkosten tragen muss, wie etwa beim Schauspielhaus.

Wer bezahlt, soll auch profitieren

Im Sinne einer Richtlinie sollen höchstens 5 % des Budgets Basel-Stadt für Kulturpolitik ausgegeben werden. Da die Stadt Basel Zentrumsfunktion erfüllt, müssen prioritär auch die umliegenden Gemeinden und Kantone in eine regionale Kulturpolitik und deren Finanzierung einbezogen werden. Es kann nicht sein, dass die einen bezahlen, während die andern profitieren. Die Bevölkerung von Basel-Stadt soll für die staatliche Unterstützung belohnt werden, etwa mit Gratisintritten für kulturelle Anlässe.

Kultur für Jung und Alt

Die Kultursubventionen gehen zu über 90 Prozent an etablierte Anbieter mit elitärer Tendenz. Subventionierte



Kulturbetriebe sollen ihren Erfolg über angemessene Publikumszahlen ausweisen und auch Angebote für ein breites Publikum bereitstellen. Nicht nur klassische Kultur soll gefördert werden, sondern auch Jugend- und Volkskultur. Insbesondere die Jugendkultur soll mehr Platz erhalten. Quartierbibliotheken und der niederschwellige Zugang zum Musikunterricht sind unerlässlich und müssen mit zumutbaren Wartezeiten angeboten werden. Mit Angeboten in der Museumspädagogik finden auch Kinder einen Zugang zur Kultur.

7. Landgemeinden

Basel-Stadt ist als Staatswesen ein Sonderfall. Die Kantonsregierung ist gleichzeitig Stadtregierung und das Kantonsparlament ist gleichzeitig städtischer Einwohnerrat. Wer von der Stadt redet, meint den Kanton - und umgekehrt. Es wundert deshalb nicht, dass sich bei dieser Konstellation die beiden Landgemeinden, etwas mehr als 10% der Kantonsbevölkerung, manchmal übergangen fühlen. Für die Gemeinde Riehen steht die EVP in einer besonderen Verantwortung. Sie prägt dort seit 40 Jahren massgeblich

die auf Nachhaltigkeit angelegte Entwicklung sowie das politische Klima des grossen grünen Dorfes.

Gestaltungsspielraum gewähren

Jede Aufgabe, welche lokal erfüllt werden kann, fällt grundsätzlich in die Verantwortung der Gemeinde. Der den Gemeinden zustehende Gestaltungsspielraum darf nicht durch kantonale Eingriffe geschmälert werden. In Basel Stadt ist sehr vieles kantonale geregelt, viel mehr als in anderen Kantonen. Die Aufsicht des Kantons hat sich auf die Rechtskontrolle zu beschränken. Ermessensentscheide in kommunalen Angelegenheiten sollten in der Kompetenz der Gemeinden stehen. Dies gilt insbesondere für die Ortsplanung. Die Gemeinden sollen verbindlich darüber entscheiden, wo sie die Grenzen des Wachstums ziehen wollen. Der Kanton darf seine doppelte Rolle als grosser Landbesitzer und gleichzeitige Bewilligungsinstanz nicht missbrauchen.

Aufgaben übertragen

Die Gemeinden Riehen und Bettingen haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, übertragene Aufgaben effizient, kostengünstig und bürgernah zu erfüllen, ähnlich einer typisch schweizerischen Gemeinde in einem anderen Kanton. Die Sozialhilfe, die Kindergärten,

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Der Handlungsspielraum der Landgemeinden muss beibehalten und ausgebaut werden.
- » Abgeltung und Leistungen der Landgemeinden sollen ähnlich sein wie vergleichbare Agglomerationsgemeinden in der Region Basel.
- » Die Kompetenz zur Zonenplanung steht den Landgemeinden zu und darf nicht durch die Interessen des Kantons als Grossgrundbesitzer unterlaufen werden.
- » Steuerkompetenz über den Steuerfuss hinaus.

die Orts- und Verkehrsplanung und neu auch die Volksschulen werden bestens durch die Gemeinden geführt. Kurze Kommunikationswege und ein direkter Bezug zu den «Kunden» verbessern die Qualität der Dienstleistungen. Auch der Unterhalt der Kantonsstrassen auf Gemeindegebiet wird bestens durch die Gemeinden gemacht und vermeidet teure Doppelspurigkeiten. Das Vormundschafts- und das Zivilstandswesen könnten folgen.

Leistungen anerkennen und sichtbar machen

Die Landgemeinden haben den Kanton Schritt für Schritt von kostenträchtigen Aufgaben entlastet. Mit dem Finanzausgleich wird der Kanton erheblich entlastet, was in keiner Statistik erscheint und im kantonalen Finanzhaushalt versickert. Würden die ausserkantonalen Gemeinden die zentralen Leistungen der Stadt Basel im gleichen Ausmass abgelten wie Riehen und Bettingen, wären finanzielle Sorgen im Kanton ein Fremdwort.

Faire Zusammenarbeit zum Wohl aller

In der Kantonsverfassung steht «Der Kanton berücksichtigt die Be-



deutung steuerlich attraktiver Wohngemeinden für den Kanton». Was das konkret bedeutet, ist interpretier- und verhandelbar. Dabei sind Solidarität von Seiten der Gemeinden – was diese bereits hinlänglich bewiesen haben – und Fairness von Seiten des Kantons gefragt. Entscheide sollen nicht aufgrund der Größenverhältnisse gefällt werden, sondern im konstruktiven Dialog. Der Kanton ist durch eine gute Mischung von Einkommens- und Unternehmenssteuern gut abgesichert, während die Gemeinden viel stärker von schwankenden Einkommenssteuern abhängig sind. Dies gilt es bei neuen NOKE-Verhandlungen zu berücksichtigen. Steuern, welche mit basellandschaftlichen Gemeinden vergleichbar sind, halten gute Steuerzahlende im Kanton und davon profitieren alle.

8. Regionale Zusammenarbeit

Der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Basel befinden sich in einem regionalen Raum, der eine Metropolitanregion mit über einer halben Million Einwohnern darstellt. Dieser trinationale Raum muss in den verschiedensten staatlichen Bereichen im Sinne der Kooperation und der Spezialisierung wahrgenommen werden. Ziel muss es sein zu erkennen, was regional getan werden kann, was gemeinsam oder in gegenseitiger Kenntnis zu tun ist und auf was verzichtet werden kann, weil es beim Nachbarn ebenso gut angeboten wird.

Kanton Basel – mehr als eine Utopie

Im Vordergrund steht der weitere Ausbau der Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft. Vermehrt ist aber auch die enge Zusammenarbeit mit den andern Nordwestschweizer Kantonen und den Gebietskörperschaften im benachbarten Deutschland und Frankreich zu suchen.

Langfristig ist ein Kanton Basel anstelle der beiden Halbkantone anzustreben. Eine Zusammenführung würde grosse Kosteneinsparungen in der kantonalen Verwaltung bringen. Ein Kanton Nordwestschweiz würde der ganzen Region zu einer neuen Dynamik verhelfen, ist wohl aber nur im Rahmen einer gesamtschweizerischen Reorganisation zu erreichen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Für eine weitgehende Harmonisierung und Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und Umwelt sowie Sicherheit auch über die Landesgrenzen hinaus.
- » Stärkung der partnerschaftlichen Geschäfte mit BL.
- » Strukturen der Zusammenarbeit mit besserer demokratischen Legitimation.

Gesundheit: sinnvolle Planung

Lokal ist die Grundversorgung für Alle zu gewährleisten. Es muss aber nach einer Standortplanung und Konzentration gesucht werden, die es ermöglicht, hoch spezialisierte und deshalb auch kostenintensive Einrichtungen gemeinsam zu nutzen. Die Freizügigkeit über die Kantons Grenzen hinaus muss gewährleistet sein.

Bildung: regional harmonisiert

Volksschulbildung bleibt lokal, soll aber weitgehend regional harmonisiert werden. Weiterführende und höhere Bildung soll vermehrt überregional, auch über die Landesgrenzen hinweg angestrebt werden, um entsprechende Synergien und die Ausbildungsqualität zu fördern und Kosten zu sparen.

Wirtschaft: Entwicklung über die Landesgrenzen

Für die ganze Metropolitanregion ist eine Raumplanung zu erstellen, in der sinnvolle Gewerbe- und Industriezonen, Wohn- und Erholungszonen sowie Entwicklungsgebiete festgelegt werden.

Verkehr und Umwelt: vernetzen

Öffentlicher Verkehr und privater Verkehr ergänzen sich und werden so geplant, gefördert und aufeinander abgestimmt werden, dass der Modalsplit in der ganzen Region verbessert werden kann. Ziel muss es sein, die verschiedenen Verkehrsträger sachgerecht miteinander zu vernetzen. Umweltverschmutzung und Umwelterhaltung machen an keinen Grenzen Halt. Es ist deshalb grenzüberschreitend zu planen und zu handeln.

Sicherheit: bessere Koordination

Menschen in der ganzen Metro-



litanregion haben die gleichen Sicherheitsbedürfnisse. Diese müssen deshalb auch gemeinsam wahrgenommen werden. Sicherheitskonzepte und Massnahmen sind aufeinander abgestimmt und koordiniert. Der Atomreaktor Fessenheim gefährdet auch die Schweiz und gehört abgestellt.

Kultur: einander befruchten

Wir leben in einer mehrsprachigen Kulturregion, die eine lange Geschichte der gegenseitigen Beeinflussung und Befruchtung kennt. Die Region am Oberrhein soll diese Beziehungen wieder besser wahrnehmen.

Demokratische Strukturen: entwickeln

Um all diese und noch andere Aufgaben in Zukunft wahrzunehmen, müssen Formen der demokratisch legitimierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefunden werden.

9. Sicherheit

Ohne Sicherheit ist alles nichts. Deshalb fordert die EVP, dass die Behörden die recht hohe Sicherheit aufrechterhalten und einer schleichenenden Verwahrlosung des öffentlichen Raums, welche die Kriminalität begünstigt, rigoros den Kampf ansagen. Die EVP verlangt, dass schon die Anfänge von Gewalt und Kriminalität an Schulen, an Sportveranstaltungen, in Jugendtreffs und auf dem Nachhauseweg der Menschen wirksam unterbunden und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei, die am richtigen Ort präsent ist.
- » Mehr Hilfe für die Opfer statt zu viel Gelder für die Kriminellen.
- » «Halt Gewalt!» - auch in Familie, Schule und Familie.
- » Massnahmen gegen Littering mit Einbezug der Täterschaft.
- » Wirksamer Kampf gegen den Frauenhandel.

Eine gut ausgebildete Polizei greift am richtigen Ort ein

Wir wollen eine Gesellschaft, in der es nicht nötig ist, im öffentlichen Raum Angst zu haben und in hochgesicherten Häusern zu wohnen. Die Polizei soll die Menschen und die Problemfelder der Stadt vor Ort kennen und auch präsent sein - nicht nur im Streifenwagen, sondern auch auf dem Velo. Sie soll rasch eingreifen und helfen können.

Nachbarschaftsnetze verbessern die Sicherheit

Sicherheit verbessert sich, wenn die Menschen nicht anonym wohnen. Sie beginnt beim Hallo-Sagen und geht bis zum «Hüten» von Haus und Wohnung in den Ferien. Die Politik soll die Bildung von Nachbarschaftsnetzen fördern, z.B. bei raumplanerischen Entscheidungen oder durch Beratung zur Bildung von Nachbarschaftsnetzen.

Mehr Hilfe für die Opfer statt zu viel Geld für die Täter

Strafvollzug soll abschrecken. Es ist zwar richtig, dass auch im Strafvollzug individuell die Stärken gefördert werden, damit jeder Täter eine zweite Chance erhält. Strafvollzug ist aber teuer. Billiger sind die Prävention und der

Schutz gefährdeter Personen. Verdeckte Ermittlungen erleichtern eine wirksame Verbrechensbekämpfung.

Das Übel an der Wurzel fassen mit Gewaltprävention und Zivilcourage

«Halt Gewalt!» muss mit der Prävention beginnen, bei der Jugend und in der Familie, aber auch im Sportbereich. Bei Gewalt nicht wegsehen, sondern reagieren. Wir wollen couragierte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Polizei soll auch die Couragierten schützen. Lieber einmal zu viel als einmal zu wenig nach den Kriseninterventionsteams der Polizei rufen.

Littering – nicht wegschauen

Der öffentliche Raum ist keine Spielwiese, wo man tun und lassen kann, was man will. Littering soll mit verstärkter Polizeipräsenz, Bussen und dem Einbezug des Detailhandels bekämpft werden. Beim Littern Ertappte sollen als Konsequenz einen Einsatz in der Stadtgärtnerei oder an andern Einsatzorten machen. Jugendliche brauchen aber Freiräume, und die sollen vom Staat bereitgestellt werden.

Stopp dem Frauenhandel

Es darf kein Auge zugedrückt werden, wenn Frauen in unser Land gebracht und zur Prostitution gezwungen



werden. Zudem sind Frauen, welche als Zeuge vor Gericht aussagen, wirksam vor dem Zugriff der Zuhälter und ihren menschenverachtenden kriminellen Netzwerken in ganz Europa zu schützen.

10. Staatsfinanzen

Es ist wieder attraktiv geworden, in einer Stadt zu wohnen, auch für Familien. 2008 konnte eine moderate Senkung der Steuern natürlicher Personen vorgenommen werden. Zudem konnte die Nettoschuld pro Kopf erstmals seit 20 Jahren auf unter CHF 10'000 gesenkt werden. Das sind aber immer noch 1.8 Mia Nettoschulden. Die EVP befürwortet Steuersenkungen für Familien, vor allem auch im Hinblick auf die hohen Krankenkassenprämien. Weitergehende Steuerge-

senken können nur dann verantwortet werden, wenn ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird.

Steuerharmonisierung

Der Kanton Basel-Stadt soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Steuerunterschiede zwischen den Kantonen in einem Band von rund 20 % harmonisiert werden, damit ein schädliches Ausmass des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen verhindert werden kann.

Gemeinsam statt Einzellösungen

In der Mitfinanzierung der Zentrumsfunktionen des Kantons Basel-Stadt durch andere Kantone wurden in den letzten Jahren Fortschritte erzielt. Dies scheint nun ausgeschöpft zu sein. In Zukunft sollten vermehrt Aufgaben gemeinsam erfüllt werden. Neue Aufgaben in der Verwaltung dürfen nur gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft oder andern Kantonen betrieben werden. Bestehende Amtsstellen wie Krisenstab, Veterinäramt, Kantonszahnarzt, Berufsbildung, kant. Labors sollten zusammengelegt werden. Dabei sollen der Standort und die Federführung sekundär sein, es müssen nicht alle Ämter in Basel ihren Sitz haben.

Die Zusammenlegung der Ämter und Abteilungen in der kantonalen Ver-

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Ausgeglichener Staatshaushalt
- » Einhaltung der Schuldenbremse gemäss der Kantonsverfassung
- » Vereinfachung des Steuersystems und Steuerharmonisierung
- » Steuersenkungen für Familien
- » Längerfristige Sicherung der Pensionskasse
- » Effizienzsteigerung durch Zusammenlegen von Aufgaben, Abteilungen und Ämtern
- » Besteuerung von grossen Erbschaften auf nationaler Ebene

waltung ist voranzutreiben; teure Stabsstellen können so reduziert werden.

Pensionskasse: Altlasten abbauen und keine neuen schaffen

Die Sanierung der Pensionskasse des Staatspersonals konnte vorangetrieben werden. Die Schuld des Kantons gegenüber der PK konnte bereits getilgt werden. Aktuell ist es jedoch sehr schwierig, die angestrebte Rendite von 4,2% auf den Guthaben zu realisieren, was eine erneute Sanierung der kantonalen PK nötig machen könnte. Dabei muss eine nachhaltige Ausfinanzierung der PK für den Kanton im Rahmen des ordentlichen Budgets berechenbar sein.

Schuldenbremse und Unternehmenssteuersatz

Die Schuldenbremse ist nicht zu verschärfen, aber unbedingt einzuhalten.

Der jetzige Maximalsatz bei den Unternehmenssteuern beträgt 21%. Die EVP befürwortet ein vorsichtiges schrittweises Vorgehen bis zunächst auf 18%, wenn mehrjährige Prognosen erwarten lassen, dass trotz einer geplanten Steuersenkung keine Budgetdefizite eintreten.

Tafelsilber pflegen

Der Kanton Basel-Stadt besitzt Grundstücke und Liegenschaften im



Wert von mehreren Milliarden Franken. Diese sollen nicht verkauft, sondern optimal bewirtschaftet werden, wobei eine gewisse Anzahl Liegenschaften als günstiger Wohnraum für Bedürftige, Familien und Betagte von der Rentabilitätsbetrachtung ausgenommen werden muss.

Nationale Steuer für Millionenerbschaften

Unter dem Druck des interkantonalen Steuerwettbewerbs wurden in den vergangenen Jahrzehnten sehr vermögende Personen massiv entlastet. Damit wurde der soziale Ausgleich vernachlässigt und insbesondere der Mittelstand hat die Zeche zu bezahlen. Die EVP will hier Gegensteuer geben und setzt sich für die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer auf grösseren Vermögen ein. Die Weiterführung von Familienbetrieben soll dabei nicht erschwert werden.

11. Stadtentwicklung - Raumplanung - Wohnumfeld

Menschen prägen eine Stadt – umgekehrt werden Menschen von der Stein gewordenen Umgebung geprägt. Die Mechanismen, welche die gebaute Umwelt gestalten, werden teilweise von Kräften gesteuert, die sich nicht an den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen orientieren. Der Weg zur „menschengerechten Stadt“ ist mühsam und langwierig, aber er ist machbar

Menschenfreundliche Raumplanung

Die in der Kantonsverfassung festgelegte „Förderung der städtebaulichen Qualität“ lässt zu wünschen übrig. Die Stadtplanung ist nicht qualitäts- sondern oftmals investorengesteuert. Beispiele fehlgeschlagener Planung sind die beiden Bahnhofvorplätze. Sie wirken chaotisch und menschenfeindlich. In der Clara- und in der Feldbergstrasse ist die Planung auf halbem Wege stecken geblieben. Der im Entstehen begriffene 300-Millionen Messeneubau richtet sich aus auf einen Strassenzug, der mit seinen serbelnden Bäumen einen traurigen Kontrast bildet.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Eine sich an den Menschen und nicht an den Investoren orientierende Planung.
- » Aufwertung der Quartiere, gut geführte Quartiertreffpunkte.
- » Bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraumes anstatt Überbauung der letzten Landreserven.
- » Generationenübergreifende Gestaltung des Wohnumfeldes.
- » Anreize für den Verbleib der angestammten Bevölkerung im Kanton

Arbeiten und Wohnen

Arbeiten und Wohnen bedingen sich gegenseitig. Auftretende Konflikte (z.B. betr. Immissionen, Verkehr, Grundstücknutzung etc.) müssen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Maximalösungen zugunsten der einen oder anderen Seite führen mittelfristig in die Sackgasse. Das Erarbeiten von Konsenslösungen kann zwar politisch weniger gut «vermarktet» werden, ist aber für eine gedeihliche Entwicklung unseres Stadtkantons unerlässlich.

Sichere Schulwege

Wichtiges Motiv für das Verbleiben

junger Familien in der Stadt sind kurze und sichere Schulwege. Die Schulraumplanung für Kindergärten und Grundschule hat darauf vorrangig Rücksicht zu nehmen. Wo die Platzverhältnisse es erlauben, sind die Allmendflächen als Begegnungs- und Aufenthaltszonen auszugestalten. Da auch an Sammel- und Durchgangsstrassen Menschen wohnen, sind in lärmbelasteten Strassen zur Kompensation Hinterhöfe von Überbauungen freizuhalten und zu begrünen.

Quartiere aufwerten

Quartiere bilden überschaubare Einheiten. Diese sicht- und erlebbar zu machen, bildet eine Aufgabe, die nicht allein den Quartiervereinen überlassen werden kann. Die Kirchen befinden sich auf dem Rückzug. Manche ihrer Gebäude sind funktionslos geworden. Hier bietet sich die Chance, Quartiertreffpunkte zu etablieren und in der Nachfolge der verschwundenen Kirchengemeinden Strukturen aufzubauen, die zu einem Quartierbewusstsein führen. Die staatliche Liegenschaftspolitik ist darauf auszurichten, die dezentrale Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen (Quartierläden). Diese müssen in Fussgängerdistanz erreichbar sein.



Mir gänn Sorg zum Bebbi

Die durch den Arbeitsmarkt geforderte Mobilität sorgt für einen laufenden Austausch der Wohnbevölkerung. Umso mehr ist das Gemeinwesen darauf angewiesen, über ein „Stammpublicum“ zu verfügen, das sich als Träger von Tradition und Hintergrundwissen mit dieser Stadt und ihren Institutionen identifiziert. Es darf nicht sein, dass gerade diese Bevölkerungsschicht, die der Stadt das Gepräge gibt, dieser den Rücken kehrt, sei es wegen unsicheren Schulwegen, gefährdeter Sicherheit, Unsauberkeit oder aus andern Gründen. Es ist schön, wenn neu Zugezogene offiziell willkommen geheissen werden. Die Tatsache, dass weit mehr Baslerinnen und Basler aus der Stadt wegziehen als umgekehrt, ruft jedoch nach Massnahmen.

12. Verkehr und Umwelt

Unser öffentlicher Verkehr weist einen hohen Standard und eine starke Benützung auf. Allerdings wächst der motorisierte Verkehr stärker. Klimawandel und Luftverschmutzung durch Feinstaub und Gase zeigen deutlich, dass dieser nicht nachhaltig ist. Die EVP setzt sich für die Förderung alternativer Energien und für eine Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs ein und wendet

sich gegen eine Kapazitätserhöhung des Strassennetzes. Sie setzt auf einen Mix von marktwirtschaftlichen und polizeilichen Massnahmen, um das Verkehrswachstum einzuschränken. Gleichzeitig sind Ausbauten des öffentlichen Verkehrs unter finanzieller Beteiligung des Kantons vorzunehmen, die wesentliche Angebotserweiterungen ermöglichen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- » Verzicht auf den Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes
- » Bau des Regio-S-Bahn-Herzstücks und Taktverdichtung auf der S 6
- » Bau des Wisenberg-Eisenbahntunnels
- » Kantonale Vorfinanzierung von Eisenbahn-Grossprojekten
- » Schaffung von weiteren Begegnungsstrassen
- » Ausbau des Velonetzes
- » Sichere Schulwege für Kinder
- » Rationelle Energienutzung und Förderung alternativer Energien
- » Abschaltung des AKW Fessenheim
- » Förderung städtischer Nahrungsmittelproduktion

Die Strassen den Einwohnerinnen und Einwohnern

Die vom Volk angenommene Städteinitiative verpflichtet dazu, das motorisierte Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Diesem Ziel dient eine restriktive Parkplatzpolitik, denn jede Fahrt beginnt und endet darauf. Ein allfälliges zusätzliches Innerstadtparking befürwortet die EVP nur, wenn oberirdische Parkplätze reduziert werden.

Städtische Flächen sind rar und teuer. Deshalb soll der Bau neuer Strassen vermieden werden. Der vorhandene Strassenraum muss genügen und soll möglichst der Bevölkerung und nicht auswärtigen Automobilisten dienen. Einem Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes (Gundeli-Tunnel, Osttangente) steht die EVP ablehnend gegenüber.

Die Schaffung von Begegnungsstrassen ist systematisch fortzuführen. Bei Umbauprojekten ist auch eine Kinder-

verträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Nachholbedarf besteht weiterhin bei der Förderung des Veloverkehrs.

Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut werden

Die Qualität des öffentlichen Verkehrs ist nicht nur für die Umwelt bedeutsam, sondern auch ein zentraler Erfolgsfaktor im Standortwettbewerb. Deshalb sollen die Steuerfranken grundsätzlich für ein optimales Angebot eingesetzt werden, wie zum Beispiel eine Fahrplanverdichtung der Regio-S-Bahn.

Einen Quantensprung lässt das «Herzstück» der Regio-S-Bahn erwarten. Es behebt nicht nur die Nachteile der peripheren Lage der Basler Bahnhöfe, sondern bringt neben erheblichen Fahrzeitgewinnen auch einen rationelleren und somit kostengünstigeren Betrieb. Aber auch in der Stadt ist ein Ausbau des Tramnetzes nötig.

Basels Rolle als Tor zur Schweiz ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, unsere Region zum Knoten des Hochgeschwindigkeitsverkehrs auszugestalten. Die EVP fordert deshalb den raschen Bau des Wisenberg-Eisenbahntunnels als Zufahrt zu den Alpentransversalen.

Zürich macht es vor: Wenn die Eisenbahn-Grossprojekte vorangetrieben werden sollen, müssen sich die Kantone



finanziell engagieren und diese vorfinanzieren.

Energie sparen und ersetzen

Die EVP steht hinter dem Atomausstieg. Auch das alte AKW Fessenheim muss rasch vom Netz. Zudem muss die Strategie zur rationellen Energienutzung und zur Förderung alternativer Energien energisch weitergeführt werden. Der Staat muss dabei eine führende Rolle einnehmen, sowohl bei den kantonseigenen Bauten als auch als Motivator bei Privaten. Energie sparendes Bauen soll subventioniert werden.

«Urban Agriculture» fördern

Die EVP erachtet die Bestrebungen, Nahrungsmittel auch in Städten auf Dächern, Terrassen und in Parks zu produzieren, als sinnvollen Beitrag zur Reduktion von Umweltbelastungen. Als erwünschter Nebeneffekt kann oft auch eine Verbesserung nachbarschaftlicher Kontakte festgestellt werden. Solche Bestrebungen sind zu fördern.



www.evp-bs.ch

